

Laibacher Zeitung.

Nr. 282.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 10. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1870.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. November d. J. dem ordentlichen öffentlichen Professor an der Wiener Universität, Hofrath, Doctor Johann Freiherrn Dumerreicher v. Desterreicher in Anerkennung seiner Verdienste als Präses der Commission für die Reorganisation des Militärsanitätswesens das Komthurfkreuz des Franz-Josephs-Ordens mit dem Sterne allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. November d. J. den Pfarrer von Gogau, bischöflichen Consistorialrath Emanuel Roth zum Domherrn des Kathedralcapitels zu Budweis allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. November d. J. den Professor der Theologie und Rector des theologischen Central-Seminars in Görz Dr. Johann Kraft zum Ehren-domherrn am Görzer Metropolitancapitel mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. November d. J. den ordentlichen Professor an der Rechtsakademie zu Hermannstadt Joseph Krainz zum ordentlichen Professor des österreichischen Civil- und des gemeinen deutschen Privatrechts an der Innsbrucker Universität allergnädigst zu ernennen geruht. **Stremayr m. p.**

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. November d. J. den Professor an der gr. kath. theologischen Diöcesan-Lehranstalt in Przemyśl Benedict Litynski zum Domherrn des dortigen gr. kath. Kathedralcapitels und zum Dompfarrer daselbst allergnädigst zu ernennen geruht. **Stremayr m. p.**

Der Minister des Innern hat den Director der Krankenanstalt „Rudolf-Stiftung“ Dr. Karl Böhm, den Stadtphysicus Dr. Franz Innhauser, den Professor Dr. Karl Langer, den Primararzt Dr. Friedrich Lorinser und den Armenarzt Dr. Andreas Wittlaczil zu ordentlichen Mitgliedern des Landes-sanitätsrathes für Niederösterreich ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Privatdocenten an der Wiener Universität Dr. Samuel Grünhut zum Prüfungscommissär für österreichisches Handels- und Wechselrecht bei der judicellen Abtheilung der theoretischen Staatsprüfungscommission in Wien ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Politische Uebersicht.

Laibach, 9. December.

Die diplomatische Conferenz über die Pontus-Frage soll schon am 15. d. M. in London stattfinden. Mitglieder derselben werden sein: für England Lord Granville, der zugleich den Vorsitz führen wird; für die anderen Mächte die betreffenden Gesandten in London, also für Oesterreich Graf Apponyi, für Preußen Graf Bernstorff, für Rußland Baron Brunnow, für Italien Cadorna, für die Pforte Musurus Pascha. Wer Frankreich vertreten wird, ist noch nicht gewiß, ja nach der „Times“ wäre die Regierung von Tours noch unschlüssig, ob sie an der Conferenz überhaupt sich betheiligen soll.

Die kriegerische Stimmung, von der noch vor kaum acht Tagen beinahe halb Europa erfüllt war, ist ver-räuscht und hat einer ruhigen Auffassung der Sachlage Platz gemacht, die speciell in England noch weitere Fortschritte machen wird, da dort die amerikanische Prä-sidenten-Botschaft wegen ihrer Stellen über die Alabama-Frage zur äußersten Wachsamkeit herausfordert und die Staatsmänner Großbritanniens in allen continentalen Fragen sehr milde stimmen wird.

Die Pester „Reform“ legt die Gründe dar, warum sie stets für eine französische und gegen eine preussische Allianz gewesen. Frankreich hat nicht

nur um ganz Europa, sondern speciell um Ungarn sich hohe Verdienste erworben. So oft seine Verhältnisse ihm gestattet, seine Aufmerksamkeit dem Osten zuzuwenden, befolgte es daselbst stets eine uns günstige Politik. Vereint mit Frankreich würde diesem sein Interesse gebieten, nicht uns zu unterdrücken, sondern uns zu heben. Was dagegen bietet uns eine preussische Allianz, die Allianz jenes Staates, der jetzt mit der Knete und der Rutte in so enger und liebevoller Verbindung steht? Im besten Falle ein Vasallenthum wie das bairische, eine bigotte und reactionäre Herrschaft, wie die preussische, und allgemeine, unerträgliche Germanisirung. Wer das will, schließt „Reform“, der stehe zu Preußen, wir verharren auf unserem Standpunkte.“

Ueber die Einführung der allgemeinen Wehr-pflicht in Rußland bringt der „Russ. Invalide“ einen Artikel, in welchem er zunächst constatirt, daß diese Maßregel eine directe Folge der ganzen Reihe von Re-formen ist, welche zur inneren Entwicklung Rußlands und zur Fixirung seiner Stellung dem Auslande gegen-über unternommen worden sind. Zugleich tritt das Blatt den irrigen Gerüchten entgegen, nach welchen einige glauben, daß eine mit der Aufhebung der stehenden Armee verbundene Militär-Organisation, wie sie etwa die Schweiz hat, beabsichtigt sei, während andere annehmen, daß das preussische Landwehrsystem adoptirt werden solle, andere dabei an eine einfache Verstärkung der Armee denken, noch andere endlich die Befürchtung hegen, als könnte die Herbeiziehung der gebildeten Classen zum Militärdienst den vorhandenen ohnehin schwachen Keimen der Bildung Abbruch thun und die vorgeschlagene Reform zu einem reinen Militarismus führen. Der „Russische Invalide“ bezeichnet alle diese Ansichten als verfrüht, da ja alle Einzelheiten erst von den beiden Commissionen, deren Einsetzung wir neulich gemeldet, bearbeitet werden sollen.

Bur Finanzlage.

Der Finanzminister Freiherr v. Holzgethan hat jüngst dem Budgetausschusse der Reichsrathsdele-gation seine Anschauungen darüber entwickelt, welche Mittel zur Bedeckung des im Budget des Jahres 1871 angenommenen Deficits von 80 Millionen zur Ver-fügung stünden. Es ward dargelegt, daß durch diese verfügbaren Mittel das zu deckende Deficit sich auf etwa zwanzig Millionen werde herabmindern lassen. Die Ausführungen des Finanzministers erhalten nun — namentlich zur Entkräftung mancher bezüglich der Be-deckung geäußerten Bedenken — in der „Wiener Abend-post“ eine sehr eingehende Erläuterung, welche die Rich-tigkeit aller in dem demaligen Exposé des Finanzmini-sters angeführten Daten darlegt. Der Artikel gelangt auf Grund der erschöpfenden Darstellung zu dem Schlusse, daß die Finanzlage nichts weniger als eine ungünstige genannt werden darf, denn der durch außerordentliche, nur einmal auftretende Ausgaben des gemeinsamen Staatshaushaltes entstandene Abgang findet bis auf einen relativ kleinen Rest in factischen Activposten seine Bedeckung. Wir lassen nun das Exposé vollstän-dig folgen. Daselbe lautet:

„Dem präsumtiven Betrage (des Deficits) von 80 Millionen Gulden hat der Finanzminister durch-wegs nur Activa gegenübergestellt, die als solche mit voller Berechtigung bezeichnet werden können. Zum Be-weise dessen sei es gestattet, Natur und Ursprung dieser Activen Post für Post näher zu prüfen.“

In erster Linie wurden angeführt die Bestände der Centralcassen (k. k. Staatscentralcasse und Staatsschul-dencasse), zusammen mit 27 Millionen Gulden; dann ein Guthaben von 3 Millionen Gulden aus dem Conto corrente eines Creditinstitutes. Diese Ziffern tragen in unanfechtbarer Weise den Charakter von Activposten an sich.

Mit einigem Bedenken wurde der von den Landes-cassen zu gewärtigende Ueberschuß von 6 Millionen Gulden aufgenommen; nichtsdestoweniger erfreut sich diese Post der gleichen Verlässlichkeit. Sie ist eben nichts anderes als das Minimum dessen, was nach der Er-fahrung und dem durchschnittlichen Ergebnis mehrerer Jahre für Ende December 1870 als reguläre Abfuhr der Landes-cassen erwartet werden kann.

Weitere Bedeckungskosten bilden: der Gewinn von nicht eingegangenen Münzscheinen im Betrage von 2,500.000 fl. und die neuerlich ausgeprägte Summe von 500.000 fl. in Zehnkreuzerstücken. Beide Posten haben Anlaß zu abfälligen Bemerkungen geboten und

dennoch repräsentiren sich dieselben, jedes willkürlichen Beiwertes entkleidet, einfach als die Resultate der Voll-ziehung eines Gesetzes.

Artikel II. des Gesetzes vom 1. Juli 1868 (R. G. Bl. Nr. 84), das die Einziehung der Münzscheine und die Ausprägung der neuen Silberscheidemünze an-ordnet, bestimmt, wie folgt:

„Sollte sich herausstellen, daß ein Theil der aus-gegebenen Münzscheine vernichtet worden sei, so wird der dadurch entstandene Gewinn den Finanzverwaltungen Oesterreichs und Ungarns im Verhältnisse wie 70:30 zufallen.“

Der im gesetzlichen Wege festgestellte letzte Termin für die Gültigkeit der Münzscheine sowohl, als der Silberscheidemünze à 6 kr. C. M. ist erst vor Kurzem, mit Ende September d. J., abgelaufen. Jene 2,500.000 Gulden (rund) repräsentiren den nach dem letzten Aus-weise der Staatsschulden-Controls-Commission berechneten, auf Oesterreich gesetzlich entfallenden Antheil an dem Gewinne aus nicht eingegangenen Münzscheinen. Der gleiche Maßstab von 70:30 hatte nach Vorschrift des citirten Gesetzes zwischen Oesterreich und Ungarn für die Operation der Umprägung der alten Silberscheide-münze zu gelten. Als nach Ablauf des oben bezeichneten letzten Einlösungstermines für die Silbersecher im Ein-vernehmen mit der königlich ungarischen Finanzverwal-tung der rechnungsmäßige Abschluß dieser Operation ge-macht worden war, zeigte es sich, daß die österreichische Finanzverwaltung berechtigt und, wie wir beifügen müs-sen, kraft jenes Gesetzes auch verpflichtet sei, noch 499.098 Gulden 90 kr. — rund obige 500.000 fl. — an neuer Scheidemünze zu prägen. Die Prägung dieser 500.000 Gulden, sowie die Inanspruchnahme jener 2,500.000 Gulden ist sonach nichts anderes, als die präcise Con-sequenz aus dem Gesetze vom 1. Juli 1868, das in diesem Punkte früher nicht durchgeführt werden konnte, dessen Durchführung aber auch nicht willkürlich auf eine spätere Zeit verschoben werden durfte.

Hiermit im Zusammenhange stehen jene 2 Millionen Gulden, die als „Münzgewinn“, und jene 2 Millionen Gulden, die als „Gold und sonstiger Metallschatz“ unter den Bedeckungsposten figuriren. Beide Posten bedürfen allerdings schon vermöge ihrer etwas arbiträren Nomen-clatur einer näheren Erläuterung.

Befanntlich herrschte seit geraumer Zeit ein drin-gender Bedarf an Scheidemünze. Anstatt neue Scheide-münze nur nach Maßgabe der einfließenden alten Silber-secher und mit technisch langwieriger Verwendung des Materials dieser letzteren zu prägen, war das Finanz-ministerium genöthigt, mit einem bedeutenden Betrage aus hochhältigem Silber, das die Staatscentralcasse dem Hauptmünzamt vorschob, neue Scheidemünze prägen zu lassen und den Ersatz dafür in dem Silbermaterial der allmählig einfließenden alten Silbersecher zu suchen. Dieser Ersatz ist nun durch die im Depot des Haupt-münzamtes erliegenden Summen der alten Silbersecher vollständig erlangt worden.

Ein Theil dieses Silbermaterials (zwei Millionen Gulden) ist bestimmt, im Laufe des Jahres 1871 in Gestalt von hochhältiger Münze an die Staatscentral-casse abgeliefert zu werden; der andere Theil steht, nebst dem regelmäßig in den Verkehr gelangenden Goldvor-rathe, im Gesamtwerthe von rund zwei Millionen Gulden, zu anderweitiger Verfügung der Finanzver-waltung.

Die Veräußerung einer Partie von Eisenbahn-effecten war schon im Finanzgesetze für das Jahr 1870 vorgeschrieben. Die Uebertragung des im Jahre 1870 nicht realisirten Restes per 3 Millionen Gulden in die Bedeckung des Staatshaushaltes für das Jahr 1871 dürfte schwerlich irgend einem Anstande begegnen.

Mit besonderem Nachdrucke wurde ein präsum-tiver Mehretrag an Steuern im Jahre 1871 per 8 Millionen Gulden als eine illusorische, geradezu unstatthafte Bedeckungspost bezeichnet.

Der hierin liegende Vorwurf der willkürlichen An-nahme bei Aufstellung einer so bedeutenden Post wiegt allerdings sehr schwer. Wir wollen untersuchen, inwie-weit derselbe begründet ist.

In jedem vorsichtig verfaßten Budget werden einer allgemein anerkannten Maxime zufolge die Einnahmen im Verhältnisse zu den letzten Gebarungsergebnissen niedri-ger, die Ausgaben im gleichen Verhältnisse höher ver-anschlagt. Nach diesem Grundsatz sind auch die eis-leithanischen Staatsvoranschläge der Jahre 1869 und 1870 gebildet worden. Die Gebarung des Jahres 1870 hat das erfreuliche Resultat ergeben, daß das Erträgniß

der directen und indirecten Steuern und der Gefälle ungeachtet des nachtheiligen Einflusses, den der Krieg, namentlich in der Partie der Zölle übte, bis Ende October den Voranschlag um mehr als 10 Millionen Gulden überstieg.

Schwerlich wird die obige Vorsicht einem Tadel begegnen; muß ja doch über die Verwendung des factischen Einkommens an Steuern und Abgaben verfassungsmäßig Rechenschaft gelegt und darf keine im Finanzgesetze nicht vorgesehene Ausgabe bestritten werden.

Ist es unter solchen Umständen illusorisch, gegenüber einem momentanen außerordentlichen Erfordernisse einen Theil der vorsichtswise geringer veranschlagten Einnahmen dennoch zu consideriren und als Bedeckung gelten zu lassen? Ist nicht im vorliegenden Falle, gegenüber dem seit mehreren Jahren constatirten wachsenden Erfolge, die Einstellung von nur 8 Millionen Gulden Mehrertrag an Steuern durch das Gesetz der Wahrscheinlichkeit gerechtfertigt, das für andere Posten des Budgets unbestritten acceptirt wird?

Das Guthaben der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder aus dem dalmatinischen Vorschusse ist keineswegs, wie behauptet wurde, „ein durchlaufender Posten für das Budget.“

Sobald von Seite der Delegationen die diesfalls gestellte Anforderung genehmigt wird, ist jener Posten liquid und kann ohne weiters von der Quote der Reichsratsländer zu den gemeinsamen Auslagen abgezogen werden.

Was endlich die 10 Millionen Gulden Centralactiven anbelangt, die als Bedeckung des außerordentlichen Erfordernisses veranschlagt werden, so hat es damit folgendes Bewandniß:

Bekanntlich haftet ein Theil der Centralactiven für den vom Reichsfinanzministerium im Laufe dieses Jahres aufgenommenen Vorschuß von 15½ Millionen Gulden. Sobald aber dieses Vorschußgeschäft — was schon für die nächste Zeit zu erwarten steht — aufgelöst wird, so werden die Centralactiven wieder vollständig verfügbar. In Voraussicht dessen ist die schließliche Auseinandersetzung beider Reichshälften über die materielle Theilung dieser Activen bereits angebahnt und darf die Beendigung der hierauf bezüglichen Verhandlung im Laufe des Jahres 1871 mit Grund erwartet werden.

Dies also sind jene Activa, die als „mühsam aufgesuchte Beträge,“ als „windige Positionen“ bezeichnet werden, aus denen der Finanzminister nur „Trugschlüsse“ zu ziehen vermöchte!

Es ist nicht unsere Aufgabe, die zuerst in einer eilig verfaßten, nicht amtlichen Correspondenz erscheinende Zifferngruppierung zu rechtfertigen. Allein das glauben wir behaupten zu dürfen, daß unter jenen, durchwegs nach unten abgerundeten und ohne Rücksicht auf das Silberagio in Rechnung gestellten Activposten sich keine einzige befindet, die nicht wohl begründet wäre und zu deren Heranziehung sich nicht jeder Finanzminister bestimmen fände.

Daß auf Grund der Ausgleichsgesetze vom Jahre 1867 die Möglichkeit gegeben ist, für die seit 1868 vollzogenen Tilgungen der Staatsschuld noch einen Betrag von 47 (nicht, wie einige Blätter irrtümlich angaben, 67) Millionen Gulden der einheitlichen Staatsschuld zu emittiren, und daß diese im Laufe eines Jahres allmählig leicht zu begebende Summe den vom Finanzminister berechneten restlichen Abgang von 22 Millionen Gulden reichlich zu bedecken vermöchte — diese beiden Thatsachen sind unseres Wissens von keiner Seite in Abrede gestellt worden.

Dagegen wurde von anderer Seite mit großem

Nachdrucke darauf hingewiesen, daß bei der Bedeckung des sich im Jahre 1871 eventuell ergebenden Deficits auf den Zänner-Coupon des Jahres 1872 keine Rücksicht genommen worden sei, und wurde in Folge dieses angeblichen Mangels der Abgang für das Jahr 1871 um den Betrag des Zänner-Coupons 1872 höher beziffert.

Wir haben darauf nur zu bemerken, daß der Zänner-Coupon 1872 seine etatmäßige Bedeckung finden kann, und daß seine Einbeziehung in die Deficitsberechnung des Jahres 1871 nichts anderes als eine doppelte Einstellung dieses Postens in den Erforderniß-Etat des Jahres 1871 zur Folge haben müßte. Sollte dem entsprochen werden, so hätte auf einmal das Finanzgesetz des Jahres 1871 für jene Unterlassungen aufzu kommen, deren sich nach dieser neuen finanzwirtschaftlichen Theorie sämtliche bisherigen Budgets Oesterreichs schuldig gemacht haben.

Es kann hiebei nicht geleugnet werden, daß die Bedeckung des Zännercoupons 1872 sich bereits am 31. December 1871 in den Staatscassen vorfinden muß; dafür zu sorgen, wird die Aufgabe der innern Cassengebarung dieser Centralstelle sein, und wird ihr dies um so leichter fallen, als man doch nicht annehmen kann, daß das Budgetjahr 1871 an seinem Schlusse vollständig leere Cassen zurücklassen werde, die sich erst aus den im neuen Budgetjahre einlaufenden Staatseinnahmen wieder füllen werden.

Wenn wir die hier über die Finanzlage vorgebrachten Details zusammenfassen, so dürfen wir getrost behaupten, daß dieselbe nichts weniger als eine ungünstige bezeichnet werden darf.

Ein durch außerordentliche, nur einmal auftretende Ausgaben des gemeinsamen Staatshaushaltes entstandener Abgang findet bis auf einen relativ kleinen Rest in factischen Activposten seine Bedeckung und selbst der noch unbedeckte Rest wird in einer den Staatsschatz nicht erheblich belastenden Weise durch die schon oben ange deuteten, noch verfügbaren Rententitel vollständig sichergestellt.

Solche Thatsachen berechtigen uns wohl, die zuversichtliche Erwartung auszusprechen, daß sich nach Erfüllung der jetzt im Interesse des Gesamtstaates nothwendig gewordenen erhöhten Anforderungen die finanzielle Leistungsfähigkeit der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder bei einer sorgfamen Pflege der materiellen Interessen und einer geordneten, sparsamen Staatswirtschaft innerhalb jener Grenzen bewegen wird, welche ihr das Gleichmaß der Ausgaben und Einnahmen in strikten Normen vorzeichnet.“

Aus der Reichsrathsdelegation.

Best, 6. December.

Sitzung des Budget-Ausschusses.

Vorsitzender: Obmann Fürst Jablonowski, Schriftführer Cerne. Von Seite der Regierung: Beust, v. Lönghay, Sectionschef v. Hofmann, Sectionschef Barb.

Graf Wickenburg erstattet den Bericht über das Consularwesen und stellt folgende Anträge:

1. Es sei der von der Regierung im Titel 3 unter den Posten 1—7 präliminirte Betrag von 583.000 fl. als ordentliche Ausgabe und der Betrag von 15.000 fl. als außerordentliche Ausgabe zusammen also die Summe von 598.000 fl. zu bewilligen.

2. Es sei als theilweise Bedeckung an Consular-Preventen 115.000 fl., an Einkommensteuer 6000 fl., an Dienstaufgaben 2500 fl., zusammen der Betrag von 123.500 fl. einzustellen.

3. Es werde zur definitiven Organisirung des General-Consulates in Shanghai und der dortigen diplomatischen Vertretung mit Inbegriff der den 23 englischen Consuln zu vergütenden Dienstaufgaben ein Betrag von 45.000 fl. ferner zur Befreiung der Dienstaufgaben für die nach der Enquete als wünschenswerth bezeichnete und zum Theile auch schon in Ausführung gebrachte Vermehrung der honorären Consular-Ämter ein Betrag von 10.000 fl., dann zum Behufe der Umwandlung der Starostien ein Betrag von 8400 fl.; endlich für den Fall, als die Mehrausgabe für die Organisation des Kanzleibienstes nicht durch Ersparungen und einfließende Consulargebühren ihre Bedeckung finden sollte, ein Betrag von 6000 fl., zusammen also ein Betrag von 69.400 fl. in der Art in Aussicht gestellt, daß derselbe unter gehöriger ziffermäßiger Nachweisung in Anspruch genommen werden könne.

4. Es werde die sich als sehr erwünscht darstellende und schon früher ins Auge gefaßte Bestallung der erforderlichen Consular-Vertretungen in Persien und im Kaukasus der Aufmerksamkeit der Regierung dringend empfohlen und dieselbe aufgefordert, der nächsten Delegation nachzuweisen, welche Einleitungen und Vorkehrungen sie in dieser Richtung getroffen hat.

5. Nachdem ungeachtet der in der letzten Delegation gefaßten Beschlüsse wegen Regulirung der Einkünfte der Consular-Ämter die Regierung eine entsprechende Vorlage zu machen, noch nicht in der Lage war, wird dieselbe wiederholt zur baldigsten Ordnung dieser Angelegenheit aufgefordert.

6. Es werde der am Schlusse der Denkschrift von dem Ministerium des Aeußern geltend gemachten Ansicht, daß das Gesetzgebungsrecht über das Consularwesen den Vertretungskörpern der beiden Reichshälften zustehen, beigegeben.

An der über diese Anträge eröffneten Generaldebatte theilnahmen sich die Delegirten: Graf Rechberg, Dr. Sturm, Dr. Figuly, Baron Pascotini, und von Seite der Regierung Graf Beust und Sectionsrath Barb. Uebergehend zur Special-Debatte wird der vom Delegirten Dr. van der Straß gestellte Antrag, daß gegenwärtig auch schon über die in den Anträgen des Referenten enthaltenen Zifferansätze (obwohl dieselben ins Budget des Ministeriums des Aeußern gehören) Beschluß gefaßt werden soll, angenommen. Die Anträge des Referenten 1 und 2 werden zum Beschlusse erhoben.

Ueber den Antrag 3 entspann sich eine größere Debatte, an welcher sich die Delegirten Dr. van der Straß, Dr. Figuly, Dr. Bresl, Dr. Vanhans und Dr. Grocholski theilnahmen. Hierauf erfolgte die Annahme des Punktes 3.

Dagegen blieben die Anträge des Referenten 4, 5, 6 in der Minorität, und wurde die von dem Delegirten Baron Pascotini ad Punkt 5 gestellte Resolution:

„Daß abgesehen von der noch schwebenden und möglicherweise sich in die Länge ziehenden Systemisirung der Consularartagen für gerichtliche Acte die Reform und Fixirung aller übrigen Consulargebühren möglichst beschleunigt werde,“ angenommen.

Hierauf wird die Sitzung um halb 3 Uhr geschlossen und die nächste Sitzung auf morgen 11 Uhr Vormittag anberaumt. Tagesordnung: Bericht über das Budget des Kriegsministeriums Titel 1. (Referent von Figuly) Titel 2, 3, 4 (Referent Dr. Rechbauer.)

Kriegschronik.

Die einem so hervorragend wichtigen Ereigniß, wie es die Zurückwerfung der Armee Aurelles' über die Loire hinaus ist, alsbald nachfolgen werdenden ausführ-

Feuilleton.

Laibach, 10. December.

Der Feuilletonist kommt sich heute vor, wie der Siebenschläfer der Legende, der nach zwei Jahrhunderten aufwacht und die ganze Welt verwandelt sieht; er muß sich erst noch ein wenig die Augen reiben über den Wechsel, der in dem politischen und socialen Leben vor sich gegangen, seit er zum letzten mal dieses Plauderstübchen betreten. Wo sind die schönen Tage von Aranjuez, wo der größte Kummer des Feuilletonisten Stoffmangel war, ein Stoffmangel, der ihn sogar ermutigte, Stoffkleider und Schleppen unserer Casino-Hautevolée, nach dem Muster britischer Hoffournale, kritisch zu zergliedern und so ein furchtbares Stirnrunzeln der nicht kritisirten auf sich zu ziehen? Heute kennt der Feuilletonist die Welt nicht mehr, sie hat ein gar ernstes Gesicht, von der Hauptstadt der Mode, aus dem lebenslustigen Paris, der einzigen Weltstadt, kommt nicht mehr die Parole für die Winterfaison, dafür gibt der Berliner „Bazar“ den Ton an. Zwei große Völker ringen um die Weltherrschaft, die der dritte Napoleon, der mittelstlos verpörrte Gefangene von Wilhelmshöhe, durch 18 Jahre im eisernen Griff gehalten, der norddeutsche Har fliegt vom Rhein bis zur Bucht von Biscaya, die Raben flattern ungeduldig um den Kyffhäuser und der freifliegende Berg gebiert eine — preussische Pichelhaube. Mit „Blut und Eisen“ wird die deutsche Einheit zu-

sammengekittet, um in Blut vielleicht wieder erstickt zu werden, und während eine Nation mit ihrer letzten Kraft gegen den Untergang ringt, soll der Feuilletonist seine kleinen Leiden und Freuden verhandeln. Doch, die Welt ist groß auch in einem Wassertropfen, und der Leser, abgestumpft vielleicht durch den stets geschäftigen Diener, den Telegraphen, der mit pedantischer Genauigkeit über die Menschenschlächtere an der Seine berichtet, will vielleicht auf einen Augenblick das Ohr schließen vor dem Donner der Kanonen und dem feurigen Reigen der Bomben, und dem horchen, was das Herz des Feuilletonisten bewegt. Ist es doch auch eine melancholische Kunde, welche der Feuilletonist dem horchenden Leser bringt, — Finis Poloniae, das Ende der kleinen Welt, in welcher sich Ihr getreuer Diener mit solcher Vorliebe bewegte, das Ende der Laibacher Bühne. Erschrecken Sie nicht, nicht das Aufhören der Vorstellungen mitten in der Saison will ich ankündigen, unser opferbereites Theatercomité hat die Fortdauer derselben bis zu ihrem natürlichen Lebensende, dem Palmsonntag 1871, ermöglicht. Aber der Feuilletonist, mit dem Gefühle einer Cassandra, sieht weiter, er sieht den stolzen Giebel wanken, er sieht das „alte System“ hier, wie bei Sedan fallen und weiß, wie la belle France, kein zweites noch an dessen Stelle zu setzen. Unser Sedan ist schnell genug gekommen, wenige Flitterwochen conventioneller Selbsttäuschung verlebte das Theaterministerium Fontaine-Ronderla, und als Herr Fontaine das chronische Deficit der Laibacher Bühne vor unserer Theaterdelegation entwickelte und um den erforderlichen Nachtragscredit an-

suchte, als wir uns entschlossen, die Errungenschaft unseres unvergeßlichen Zöllner, die Oper, aus unserem Herzen zu reißen, und mit Offenbach, Berg und dem Glöckner von Notre Dame weiter zu regieren, da wußten wir Alle, daß dies unser Sedan! Bis hieher und nicht weiter, ruft das unerbittliche Schicksal, eure Herrschaft ist gerichtet, legt das künftige Geschick der Laibacher Thalia in die Hände eurer Mandanten, damit sie selbst über ihr Los beschließen mögen! Um von dem hohen Rothurn zur bescheidenen Prosa herabzusteigen, die Zustände unserer Bühne, wie sie bisher mit jährlich abnehmender Subscription und abnehmenden Leistungen sich gestaltet, sind nicht haltbar. Wer hätte das gedacht, im Jahre 1846, als das bekanntlich im Jahre 1765 gebaute Theater „zeitgemäß“ umgebaut und erweitert (!) wurde. Dem Feuilletonisten fiel neulich ein altes Zeitungsblatt in die Hände, das „Vaterland,“ belletristisch-commercialle Zeitschrift in Raab. In dieses für einen Krainer damals noch etwas entlegener „Vaterland“ war ein Laibacher Schöngestir im Jahre 1846 gepilgert, der den Theaterbau, wie wir ihn jetzt sehen, als ein „verunglücktes Werk“ bezeichnete; dem guten Mann war das neue Theater nicht geräumig genug! Er schrieb: bei Erbauung des Theaters — 1765 — zählte Laibach nicht mehr als 7000 Einwohner, jetzt (1846) stieg die Zahl derselben ohne Einrechnung des Militärs und der Fremden auf 20.000, steigt täglich und wird fortwährend steigen (sehr richtig prophezeit!), und dieser Umbau soll dennoch zeitgemäß sein?“ „Risum teneatis!“ schloß er den Sermon, und wir können heute, im Jahre des

licheren Depeschen können erst klareren Aufschluß gewähren über die beiderseitigen Stellungen und Dispositionen; über die Stärke der engagirt gewesenen Truppen, den Gang der mehrtägigen Kämpfe auf dem Terrain so wie die beiderseitigen Verluste und die vom Sieger eroberten Trophäen, endlich aber über die Rückzugsbewegung der Voire-Armee selbst.

Diese Bewegung nämlich ist von besonderer Wichtigkeit für die ferneren Operationen. Wir glauben schon jetzt sagen zu dürfen, daß Aurelles wohl kaum in südlicher Richtung — etwa längs der Bahn von Orleans nach Bierzou am Cher — sich weiter zurückziehen wird als hinter die sehr respectable Position des westwärts der Voire zufließenden Cher mit dem Canal du Berry, also ungefähr 10 Meilen südlich von der Voire bei Orleans entfernt.

Aurelles kann sich in südöstlicher Richtung zurückziehen wollen, so lange er sich auch nur noch entfernt im Stande glaubt, auf das Geschick von Paris, wenn auch nur indirect, dadurch einen Einfluß zu üben, daß er die Armee des Prinzen Friedrich Karl an sich fesselt, und als es seine Absicht ist, mit der französischen Westarmee hinter der Sarthe nicht die Möglichkeit jeder ferneren Fühlung zu verlieren.

Der Voire-Armee sieht ferner der Rückzug offen längs des linken Ufers der Voire und diesem Strome folgend in seinem unteren Laufe über Tours und Angers, wodurch ihr die Möglichkeit erwächst: von letzterer Stadt an dem Laufe der Sarthe folgen und so sich mit der Westarmee vereinigen zu können, um dann in der Richtung über Chartres hinaus aufs neue gegen Paris zu demonstrieren. Wir glauben aber, daß die Voire-Armee nach den soeben vorausgegangenen verlustvollen Kämpfen nichts weniger als in der Lage ist, vorerst anstrengende Märsche längs der Voire machen zu können, welche sie außerdem kaum würde zurücklegen können, ohne sich aufs neue mit dem Gegner verwickelt zu sehen.

Ob General Aurelles im Stande sein wird, die wichtige Position im Süden von Orleans längs des Cher und Canal du Berry einige Zeit halten zu können, hängt von dem Geist und der Stärke der Voire-Armee ab. Keinesfalls aber dürfte ihm der Gegner Zeit lassen, sich dort zu sammeln und seine Truppen und das Material zu ergänzen. Es steht vielmehr anzunehmen, daß die deutschen Reiterhaaren schon seit dem 5. d. feste Fühlung an der Voire-Armee nehmen, die früher erwähnten Schienenzüge unbrauchbar machen und die Corps des Prinzen Friedrich Karl ihr so ziemlich auf dem Fuße folgen werden. In solchen Fällen würden allerdings die Voire-Übergänge bei Orleans und Beaugency deutscherseits stark besetzt werden.

Wir reihen an die letzten Vorgänge bei Orleans zur besseren Informirung des Lesers noch eine kurze Darlegung der vorausgegangenen Actionen. Die Annahme, daß die Voire-Armee nach Westen zu mit der Westarmee bei Coulie, nach Osten mit dem in Nevers stehenden sogenannten 18. Corps in Verbindung stehe, hat sich nicht erwiesen. Wie der Leser weiß, stieß bereits das 20. französische Corps bei einer Reconnoissance am 24. November auf einen Theil des Corps Voigts-Rheg. Aus Ladon und dem dicht dabei gelegenen Mazières — 6 Meilen nordöstlich von Orleans vor dem großen Wald gleichen Namens gelegen — geworfen, griffen die Franzosen beide Orte am 26. November aufs neue an, wurden aber abgewiesen.

Zwei Tage später machte der größte Theil der Voire-Armee, nämlich das 20., wahrscheinlich auch das 18. und Theile des 15. und 16. Corps einen Offensivstoß auf Beaune-la-Rolande zu, weshalb hier Prinz

Friedrich Karl das Corps Voigts-Rheg (Hannoveraner etc.) concentrirte und dasselbe im Verlaufe des Gefechtes durch die 5. Division und die 1. Cavalleriedivision verstärkte. Der Versuch eines Durchbruches der Voire-Armee in der Richtung auf Paris wurde damit vollständig vereitelt. General Aurelles aber, von dem wir bei einer früheren ausführlicheren Besprechung dieser Action sagten, daß er nicht gewußt habe, welche Truppenkräfte ihm an diesem Tage gegenüberstanden seien, indem er anderen Falles sich sicherlich nicht eine so günstige Gelegenheit würde haben entschlüpfen lassen, den noch vereinzelt dastehenden Gegner bis zur Vernichtung zu schlagen, General Aurelles hatte sich an diesem Tage einen Erfolg entschlüpfen lassen, den ihm das lächelnde Kriegsglück mit offener Hand dargeboten hatte. Von da an war das Geschick der Voire-Armee entschieden.

Gewißigt durch die Erfahrungen am 28. November stand kurze Zeit nachher die 2. Armee concentrirt und gefechtsbereit da und hatte bereits ihren taktischen Verband mit dem Großherzog von Mecklenburg hergestellt. Das Kriegsglück macht seine Gunst nicht nur von weiser Benützung von Raum und Zeit, sondern auch von richtiger Erkenntniß der Lage abhängig, worin man sich selbst und der Gegner befindet. Wer wollte verkennen, daß die Kämpfe bei Beaune-la-Rolande am 28. November, südlich von Amiens am 27. November und der Offensivstoß vor Paris am 29. November nicht aus einer allgemeinen Disposition hervorgegangen seien, deren Grundgedanke war: den Entsatz von Paris zu bewirken?

Es liegen heute zahlreiche Depeschen von dem Kriegsschauplatz vor, deren Inhalt wir, so weit derselbe Aufklärung über die letzten Ereignisse verbreitet, etwas näher erörtern wollen. Zunächst constatirt ein Telegramm aus Versailles, 5. d., daß die Kämpfe am rechten Ufer der Voire vor Orleans während dreier Tage, nämlich am 2., 3. und 4. d. stattfanden, und zwar am ersten Tage bei Bazoches, einige Meilen nördlich von Orleans unweit Bithiviers; anderen Tages bei Chevilly nordwestlich von Orleans, am 4. d. aber nördlich und westlich der letzteren Stadt, und zwar war es die Armee des Großherzogs von Mecklenburg, die sich bei den genannten Orten schlug, wobei die Division Treckow drei Dörfer stürmte, 22 Geschütze nahm und 5000 Gefangene machte. Erst am 3. und 4. d. griff die Armee des Prinzen Friedrich Karl ins Gefecht ein, und zwar am und in dem Walde von Orleans.

Am letztgenannten Tage stürmte General v. Mannstein die Vorstadt St. Jean und besetzte in der Nacht die Stadt, in welche die anderen Armeecorps erst am 5. d. einrückten. Ein weiteres Telegramm aus Versailles, 6. December, giebt die Gesamtzahl der französischen Gefangenen auf 10.000 an, außerdem wurden erobert 77 Geschütze, eine große Anzahl Militärequipagen und 4 armirte Dampfschiffe. Ob die Voire-Armee, wie die Depesche beifügt, „in allen Richtungen versprengt wurde“, werden die nächsten Tage zu erweisen haben. Nachrichten aus Tours, 6. d., sagen nämlich: „der Rückzug der Voire-Armee erfolgt in guter Ordnung“. Eine andere officielle französische Depesche aus Orleans selbst vom 5. d. sagt ferner: „gegenwärtig melden die verschiedenen Corpschefs, daß der Rückzug in guter Ordnung bewerkstelligt wurde, man aber ohne Nachricht sei vom General Aurelles“.

Die übrigen auf die Kämpfe bei Orleans aus Tours heute vorliegenden Depeschen lassen mehr und Wichtigeres zwischen als in den Zeilen lesen. Man ersieht aus selben, daß die „Vorwärtsbewegung der Voire-Armee“ durch die in Rede stehenden Kämpfe zum Stillstand gebracht wurde und daß in Folge dessen ihre Lage dem General Aurelles eine „besorgnißerregende“ schien,

die ihm die Nothwendigkeit auferlege, Orleans zu räumen und den Rückzug auf das linke Ufer der Voire anzutreten. In der hierüber sich entspannenden Meinungs-differenz zwischen dem General und der Regierungsdelegation in Tours — die ein gegenseitiger Dipeschenwechsel klar darlegt — fallen so grelle Streiflichter auf die verderbliche Einflusnahme der letzteren, was die strategische Leitung der Kriegsführung betrifft, daß wir nicht begreifen, wie ein General von dem Charakter und der Befähigung Aurelles' gegen sein eigenes besseres Wissen und Können sich am Telegraphenbrettleiten und gänzlich läßt, noch dazu von Männern, die von der Führung des Krieges auch nicht eine Ahnung haben.

Wo bleibt da die Verantwortlichkeit und Dispositionsfähigkeit eines Armeecommandanten in so furchtbar ernster Lage, als es die war, worin sich der General in den letzten Tagen befand? Wir kommen auf das eben Erwähnte zurück, weil durch solche unbefugte Einmischung der Regierung in den strategischen Theil der Kriegsführung es nachgerade erklärlich wird, warum selbst die befähigsten französischen Generale wider ihr besseres Wissen der Niederlage entgegengetrieben werden.

(W. Abbp.)

Tagesneuigkeiten.

— (Auszeichnung.) Die philosophische Facultät an der Innsbrucker Universität hat Grillparzer einstimmig zum Ehrendoctor ernannt.

— (Wien und Berlin.) Die Haupt- und Residenzstadt Wien hatte nach der Zählung vom 31. December 1869 eine Civilbevölkerung von 607.514 Köpfen. Dagegen hatte Berlin nach der Zählung vom 3. December 1867 680.459 Civilbewohner. Nimmt man an, daß im Laufe der Jahre 1868 und 1869 das Anwachsen der Bevölkerung ein ebenso großes gewesen sei, wie in den Jahren 1864 bis 1867, so ergibt sich, daß Berlin am 31. December 1869 mindestens 730.000 Einwohner zählte, also etwa 123.000 mehr als Wien. Die Vororte von Wien zählen aber zusammen 203.078 Einwohner, und würden diese zu der Bewohnerzahl von Wien hinzugerechnet, so erhielte man für Wien 810.592 Bewohner, also etwa 80.000 mehr als Berlin besitzt.

— (Bürgermeister-Freuden.) Der Bürgermeister einer kleineren Gemeinde in Niederösterreich ließ über Auftrag des Ausschusses unter anderm auch eine 4percentige, der Gemeinde gehörige Obligation im Betrage von 1000 fl. unificiren und erhielt eine unificirte Obligation im Betrage von 800 fl. In einer Sitzung des Gemeinde-Ausschusses legte der Bürgermeister die unificirte Obligation sammt der von der k. k. Staatsschulden-casse empfangenen Rechnung vor. „Was“, rief einer der weisen Väter dieser Gemeinde, „für 1000 fl. sollten wir nur 800 fl. erhalten? Das kann nicht sein; da müssen sie sich in Wien geirrt haben oder der Bürgermeister hat das Geld für sich behalten oder die 200 fl. verjurt oder vertrunken.“ Die anderen Dorfweisen stimmten dem ersten Redner bei. Vergebens suchte der Bürgermeister zum Wort zu kommen, um dem Ausschusse zu beweisen, daß die Gemeinde anstatt einer 4percentigen Obligation eine 5percentige erhalten habe, daß die Zinsen von einer 4percentigen Obligation zu 1000 fl. ebenso gut 40 fl. ausmachen, wie die von einer 5percentigen Unificirungs-Obligation zu 800 fl.; vergebens legte er die amtlich beglaubigte Rechnung vor — die Bauern hatten es sich einmal in den Kopf gesetzt, der Bürgermeister habe die Gemeinde um 200 fl. beschummelt. Die Scenen in der Gemeindestube pflanzten sich auf die Gasse fort und Weiber und Kinder erzählen jetzt Jedem, der es hören will, daß der Bürgermeister die Gemeinde betrogen habe. Der tiefgekränkte Bürgermeister kam nun nach Wien, um die Richtigkeit seiner Rechnung constatiren zu lassen und dann die Ehrenbeleidigungslage gegen seine Gemeinde einzuleiten.

— (Defraudation des Mac Mahon'schen Vermögens.) In Weizburg ist am 21. November ein deutscher Postbeamter verhaftet worden, der, wie die „Pfälz. Volkszeitung“ mittheilt, beschuldigt wird, das nach der Uebergabe von Straßburg nach Weizburg post restante geschickte Privatvermögen des Marschalls Mac Mahon im Betrage von zwei Millionen Francs in französischen Staatspapieren und etwa 100.000 Francs in Gold und Silber unterschlagen zu haben. Das ganze Geld soll in der Wohnung des Verhafteten gefunden worden sein.

— (Ein Wallfischfang in der Jade.) In der Jade wurde vor wenigen Tagen ein mächtiger Wallfisch gefangen, worüber die „Weser-Ztg.“ folgenden, von der Außen-Jade am Bord des „Arminius“, 3. December, datirten Bericht bringt: „Heute Morgens sahen wir vom Schiff aus einen Gegenstand im Fahrwasser der Außen-Jade treiben, aus dem wir uns keinen rechten Vers machen konnten. Es sah aus, als wäre eine große rothe Boje im Treiben, an der ein großer Gegenstand, etwa von der Größe einer gekenterten Kuff, befindlich war. Doch war die Form so absonderlich, daß die Vermuthung, der schwarze Gegenstand sei ein gekentertes Fahrzeug oder ein abgetriebenes Wrack, nicht stichhaltig erschien. In größerer Nähe zeigte sich eine große Zahl parallel gehender Riffes, als wären eiserne Schienen sehr sorgfältig neben einander gelegt. Sollte die gestern wieder gemeldete französische Flotte eine besondere Art Torpedo-Fahrzeug über Nacht haben in die Jade treiben lassen? Vielleicht ist es ein Luftballon,

Heils 1870, auch sagen: Risum teneatis über den guten alten Laibacher mit seinen hochfliegenden Hoffnungen für die Zukunft der Vaterstadt. Wie „möglichlich“ fand der vaterländische „Rhapsodist“ die Behauptung eines einheimischen Gegenspielers, durch den Umbau des Theaters sei das Bedürfnis der Bevölkerung „auf eine unübersehbare Reihe von Jahren“ sichergestellt, vom „Standpunkte der praktischen Vernunft“ aus. Ja er ging noch weiter. Er stellte interessante statistische Berechnungen an, 1200 Laibacher seien doch gewiß „theaterfähig.“ Da aber das Theater nur 1000 Besucher fassen könne, so frug er mit drolligem Ernste, wie man 200 Personen, das Militär und die mit der Eisenbahn täglich ankommenden Hunderte von Fremden gar nicht gezählt, so grausam den Theaterbesuch verkleinern könne? Wenn der Mann nicht etwa schon ein Habitus der Unsterblichkeit ist, heute könnte er sich überzeugen, daß das Theater groß genug, es sei denn, daß eben slovenisch gespielt werde oder „Faust“ mit Fräulein Voigt als Gretchen oder „Lucia“ mit Frau Frankenberg zum letzten male über die Bretter ginge, eine Eventualität, welche wir freilich allen Grund haben, zu gleich zu wünschen und zu fürchten, da die Tage unserer Oper gezählt sind. Mit dem 15. December soll dieselbe geschlossen werden, so verlautet wenigstens aus den Kreisen des die Schnüre des Geldbentels haltenden Theatercomité's. . . Wenn es ein Trost ist, zu wissen, daß es Andern nicht besser geht, so kann ich dem Leser einen bieten, der mir soeben in Gestalt einer Zuschrift des Theaterdirectors Bertalan in Klagenfurt zugeht.

Die Journale unserer kärntnerischen Nachbarstadt haben bekanntlich den gemeinschaftlichen Beschluß gefaßt, über die Klagenfurter Bühne absolutes Schweigen zu beobachten, weil der geistvolle und gesinnungstüchtige Redacteur der „Klg. Ztg.“ von der Bühne herab, wie Herr Bertalan selbst eingesteht, wegen seiner Theaterkritiken, in Koppleistungen angegriffen wurde. Director Bertalan behauptet, daß das Publicum mit ihm zufrieden sei, und läßt in einem gedruckten Blacat sein Bühnenpersonale gegen die Kritik des Herrn Bröll protestiren. Indem aber Herr Bertalan zugestehet, daß er den Komikern seiner Bühne gestattet hat, auf Kosten des Recensenten zu extemporiren, hat er kein Recht mehr, an die Hilfe der Journalistik, deren Träger er öffentlich verunglimpfen ließ, zu appelliren. Da er selbst persönlich geworden ist, so hat er kein Recht, gegen Persönlichkeiten zu protestiren. Der Feuilletonist wüßte übrigens auch einen Beitrag zu liefern, wie selbst wohlwollende Kritiken von untergeordneten Bühnenmitgliedern aufgefaßt werden können, er will aber den verkannten Mimen, der ein ergötzliches Sendschreiben an uns richtete, im bisherigen Dunkel lassen, weil dieser es mit weiser Erkenntniß selbst wünscht und das Publicum seinen Namen nicht vermisst. Abgesehen davon sind wir aber glücklicher als College Bröll, da unsere Theaterdirection selbst die schärfsten Kritiken bisher mit unerschütterlicher Achtung vor den Organen der Öffentlichkeit aufgenommen und nur durch gutgemeinte, wenn auch nicht immer geglückte Bemühungen, es besser zu machen, beantwortet hat. —

